

Haushaltsrede (für die Fraktion GAL / Die Linke)

26.02.2025

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
sehr geehrte Damen und Herren,

in diesem Jahr erfolgt die Verabschiedung des Gronauer Haushalt's relativ früh. Das ändert aber nichts an der Tatsache, dass es um die Finanzen der Stad Gronau schlecht bestellt ist. Wir haben weiterhin die drohende Haushaltssicherung im Nacken. Dazu heißt es im Vorbericht des Haushaltentwurfs: „Erstmalig ist aufgrund des vorgesehenen Verlustvortrages eine Genehmigung des Haushaltes 2025 durch die Kommunalaufsicht erforderlich.“ (S. 62). Bereits auf Seite 20 heißt es: „Angesichts dieser Tendenz und der aktuellen Haushaltsprognose der Stadt Gronau für die kommenden Jahre ist es unumgänglich, ab dem Jahr 2025 grundsätzlich Aufwandsreduzierungen zu generieren und Konsolidierungsmaßnahmen umzusetzen. Nur unter dieser Voraussetzung kann die Aufstellung eines Haushaltssicherungskonzeptes verhindert werden.“ Und die Ohren klingeln, wenn auf Seite 24 zu lesen ist, dass das Haushaltsjahr 2025 mit einem Defizit von fast 21 Millionen Euro abschließt.

Daher ist die Fraktion GAL / Die Linke der Meinung, dass Großprojekte wie das Ärztehaus dringend auf den Prüfstand gehören. Dagegen ist es wichtig, dass den Vereinen und Verbänden weiterhin die freiwilligen sozialen Leistungen gewährt bleiben. Sie sind ein wichtiger Baustein für den gesellschaftlichen Zusammenhalt in Gronau.

Zu den **strategischen Zielsetzungen der Stadt** gehört „die Sicherung der natürlichen und wirtschaftlichen Lebensgrundlagen für jetzige und kommende Generationen durch Erhalt und Anpassung der notwendigen Infrastruktur“, die „Bewahrung von Natur und Umwelt durch Förderung biologischer Vielfalt, durch Klimaschutzmaßnahmen und Ressourceneinsparung sowie durch eine generationengerechte Haushaltswirtschaft, (...) die Schaffung neuen Wohnraums und die Entwicklung neuer, die Natur und die Umwelt

schonender und dem Menschen über die reine Schaffung von Unterkünften hinaus in besonderem Maße nutzbringender Wohnraumkonzepte.“ (Vorbericht, S. 14).

Gerade bei diesen Zielsetzungen werden die Defizite der Gronauer Kommunalpolitik deutlich. Klimaschutz war zumindest vor einigen Jahren in aller Munde, auch in Gronau. Aber viel passiert ist nicht. Jedenfalls nicht im positiven Sinne:

- Bei der **Entwicklung der Innenstadt** sind bei den einzelnen Bauabschnitten zunächst immer erst die **Bäume** gefällt worden. Die Innenstadt ist dadurch immer öder geworden. Und dass die einzelnen Ersatzbäumchen oft mit einem Bodenstrahler versehen wurden, hat weder etwas mit Klimaschutz noch mit Artenschutz zu tun.
- Die breite Ratsmehrheit hat sich für die Fällung des innerstädtischen Waldes **Bruuner Busch** entschieden. Und in den letzten Tagen wurde mit der Rodung begonnen. Es ist ein Trauerspiel. Viele andere Städte würden sich nach solch einem Wald mitten im Stadtgebiet die Finger lecken. Wald in der Stadt bedeutet Frischluftzonen für die Nachbarschaft, ein Rückzugsort für bedrohte Tier- und Pflanzenarten und auch ein Beitrag für den städtischen Klimaschutz. All das ist in Gronau offenbar nicht gewollt. Dank vielfältiger Proteste soll zwar eine Baumreihe des Bruuner Buschs erhalten bleiben. Aber für den Klima- und Artenschutz ist das zu wenig. Wie Hohn klingt es da, dass der Rat ebenfalls beschlossen hat, Tiny Forest's in Gronau zu fördern. Wer aber dabei an echten Wald denkt, ist auf dem Holzweg. Gemeint ist die Anlage von kleinen Grünflächen mit Büschen und Sträuchern. Auch sie haben natürlich eine ökologische Bedeutung. Aber nach der Rodung des Bruuner Buschs müsste ganz Gronau mit Büschen und Sträuchern, sowie mit echten Bäumen, zugepflanzt werden, um halbwegs den ökologischen Ausgleich zu bekommen, der erforderlich ist.

Und in Gronau wird weiterhin auf das Auto als Hauptverkehrsmittel gesetzt. Die Pläne zum Bau der **Ostumgehung** wurden noch immer nicht beerdigt und der Parkplatz im Hertie Loch wird wie das Goldene Kalb gefeiert. Wenn man aber ein **Parkraumbewirtschaftungskonzept** für ganz Gronau sucht, sucht man vergeblich. Und so werden weiterhin wertvolle Flächen gratis als Parkflächen bereit gestellt. Dabei könnte mit den Parkgebühren zum Beispiel der Ausbau der Gronauer Radwege

forciert werden. Dass das Erheben von Parkgebühren möglich ist, wurde aktuell mit der Debatte um die Erhöhung der Parkgebühren im Driland unterstrichen. Und schon in den 90er Jahren hatte sich Dr. Dräger im Auftrag der Stadt Gronau mit der örtlichen Parkraumbewirtschaftung befasst. Festgestellt wurde, dass die Gronauer Parkplätze eine Kostenlast von etwa 3 Millionen DM für die Stadt Gronau ergeben. Entsprechend dürften heute der Stadt mangels Parkraumbewirtschaftungskonzept pro Jahr etwa 3 Millionen Euro Parkgebühren entgehen.

Gronau wird oft und gerne als Grüne Aue dargestellt. Doch die Grüne Aue könnte weitaus grüner sein und müsste es auch aus Klimaschutzgründen sein. **Es fehlt in der Innenstadt an Bäumen, an Sträuchern und Büschen und auch an Fassadenbegrünungen.** Und in den Außenbereichen fehlt es an Bemühungen weitere **Naturschutzgebiete** auszuweisen. Die Zahl der Feuchtwiesen ist stark gesunken und damit auch der Lebensraum für Kiebitze und andere Wiesenvögel. Es ist erfreulich, dass bei uns vermehrt Störche brüten, aber es fehlt ihnen an ausreichenden Freiflächen für die Nahrungssuche.

Ebenso, wie ein Gesamtkonzept für den Klimaschutz fehlt, **so fehlt bei den geplanten Bauvorhaben auch ein Gesamtkonzept.** Dies wird besonders bei den **Rathausplanungen** deutlich. Während das **historische Rathaus am alten Rathaustrurm** zwar beschlossene Sache ist, aber noch nicht daran gebaut wird, schnellen die Baukosten bereits in die Höhe. Völlig offen ist zudem auch die Planung der weiteren Rathausstandorte. Die beste Glaskugel kann nicht vorher sagen, ob das **Betonrathaus** jemals saniert und reaktiviert werden wird. Und auch die Pläne für den Verwaltungsstandort im Hertie-Loch sind mehr als nebulös. Und aus denselben Nebelschwaden heraus wird immer wieder mit bunten Bildern dargestellt, welche Gebäude auf dem **Kurt-Schumacher-Platz** errichtet werden sollen. Das geplante Ärztehaus ist eine millionenschwere Black Box. Was sie letztlich beherbergen wird, ist schleierhaft. Ebenfalls schleierhaft ist es, wie der **Indoorspielplatz und die dabei vorgesehene Gastronomie** finanziert und betrieben werden sollen. Unsere Prognose: Die Befürworter dieser Pläne werden sich bis zur Kommunalwahl ziemlich bedeckt halten. Und nach der Wahl werden die Würfel neu gemischt. Spätestens dann muss geprüft werden, ob und wie die ganzen Projekte überhaupt finanzierbar sein werden.

Nach wie vor steht die Fraktion GAL/Die Linke zu ihrer **Ablehnung des Ärztehauses**, das inzwischen zu einem Gesundheitszentrum mutiert ist, bei dem zwar von Apotheke, Sanitätsbedarf und ähnlichem die Rede ist,

aber von der Einbindung junger Ärzte oder Ärztinnen, die nach Gronau kommen sollten, hört man nichts mehr. Aber womit will man denn auch jungen Ärzten und Ärztinnen die Niederlassung in Gronau schmackhaft machen, wenn es überhaupt kein Konzept dafür gibt? Jahrelang wurden Ideen und Vorschläge für ein **Medizinisches Versorgungszentrum in städtischer Hand** von der Verwaltung und seitens eines Büros außerhalb des Hauses nicht verfolgt. Mit dem Ergebnis, dass umliegende Gemeinden das Heft des Handelns in die Hand genommen haben und zielstrebig zum Erfolg kamen. Aber auch dies hat ganz offensichtlich weder bei der Verwaltung, noch bei der Mehrheit der Ratsmitglieder dazu geführt, sich ernsthaft um ein schlüssiges Konzept zu bemühen. Stattdessen wurde eine Gesellschaft gegründet, die schon durch Geschäftsführer, Gesellschafterversammlungen und Aufsichtsräten Kosten verursacht, ohne dass ein Stein umgedreht wurde. Eine Gesellschaft, die ein Haus bauen wird. **Dabei gab und gibt es größere Bauprojekte, die ganz ohne Gesellschaft errichtet werden konnten und können. Dabei sei beispielhaft an die Feuerwehr, die Stadtwerke und die Schulen erinnert.**

GAL und Die Linke haben sich von Anfang an gegen diese viel zu teure und planlose Vorgehensweise ausgesprochen und für unsere Fraktion ist alleine schon dies ein Grund, den Haushaltsentwurf abzulehnen.

Während für die ganzen Bauvorhaben scheinbar Geld ohne Ende vorhanden zu sein scheint, fehlt das Geld bei der Realisierung eines soliden **Stadtbussystems** für ganz Gronau. Nach der Phase mit dem G-Mobil gibt es jetzt die Kombination aus reduziertem G-Mobil und drei kleinen Stadtbuslinien. Buchungen per Telefon sind nicht mehr möglich und schon an den Haltestellen besteht ein Problem darin, dass nicht ersichtlich ist, wann der Bus das gewünschte Ziel erreichen wird. Das ist aber gerade bei Fahrten zum Arzttermin oder zum Bahnhof notwendig. **Wir brauchen für den ÖPNV ein umfassendes Stadtbussystem, das beide Ortsteile verknüpft, das auch von der Linienführung her eine Alternative zum PKW bietet und das auch die Bahnhöfe bestmöglich einbezieht.** Zum Komfort gehören letztlich auch Wartehäuschen, die Wetterschutz bieten, und an den Bahnhöfen auch öffentliche Toilettenanlagen, die von Reisenden, Bus- und Taxifahrerinnen und -fahrern genutzt werden können.

Ein weiterer Bereich, in dem es in Gronau nicht vorwärts geht ist der soziale Wohnungsbau.

Der **soziale Wohnungsbau** bildet in der Bundesrepublik seit 1950 eine Möglichkeit zur Schaffung bezahlbaren Wohnraums. Obwohl er über die Jahre hinweg einigen Veränderungen unterworfen war, ist die Grundidee des sozialen Wohnungsbaus nach wie vor gültig: Die Förderung erfolgt in erster Linie über Darlehen und Zuschüsse, um hierfür im Gegenzug über eine bestimmte Laufzeit bei Mietwohnungen Miet- und Belegungsbindungen zu generieren.

Kürzlich hat der Haushaltsausschuss des Bundestages für 2025 die **Mittel für den sozialen Wohnungsbau** und die Städtebauförderung freigegeben. Der Bund stellt den Ländern für 2025 insgesamt 3,5 Milliarden Euro für den sozialen Wohnungsbau bereit. Für die Städtebauförderung werden erneut 790 Millionen Euro veranschlagt – so der Städte- und Gemeindebund NRW in einer Mitteilung vom 10.2.2025.

Die Erhöhung der Finanzmittel für den sozialen Wohnungsbau sind aus Sicht des Städte- und Gemeindebundes, und auch aus Sicht unserer Fraktion, zu begrüßen. **Ob die Beträge ausreichen, muss sich zeigen.** Angesichts der weiter schrumpfenden Anzahl geförderten Wohnraums ist es dringend erforderlich, die Fördermittel in diesem Bereich auf hohem Niveau zu festigen. **Und es ist aktuell zu prüfen, wie auch die Stadt Gronau an den Fördermitteln teilhaben und damit den sozialen Wohnungsbau forcieren kann.** Dabei ist es erforderlich, dass in ausgewiesenen Baugebieten mit mehr als sechs Wohneinheiten eine Mindestquote von 40% als sozialer Wohnungsbau ausgewiesen wird.

Und nicht zu vergessen ist, dass auch bei der Planung des sozialen Wohnungsbaus die notwendige Infrastruktur – von ÖPNV, Kitas und ärztlicher Versorgung – mitgedacht werden muss.

Zu einer nachhaltigen Wohnraumpolitik gehört es auch, **die Bürgerinnen und Bürger vor Gefahren zu schützen.** So sind Rat und Verwaltung gehalten, die Bevölkerung vor den Gefahren der Atomenergie zu schützen. Und so war es ein Schritt in die richtige Richtung, dass der Rat sich eindeutig gegen ein Atommüll-Lager in den örtlichen Salzstöcken ausgesprochen hat. Doch indem der Rat weiterhin für den **Betrieb der Urananreicherungsanlage** ist, die nur wenige Kilometer vom Gronauer Zentrum entfernt steht, frönt der Rat dem St.-Florians-Prinzip. Vor der eigenen Haustür soll kein Atommüll vergraben werden, dass aber das Uran, das Urenco in Gronau anreichert,

anderswo letztlich zu Atommüll wird und gelagert werden muss, interessiert hier vor Ort nicht. Im Gegenteil: Da wird der Urenco-Konzern noch groß als Attraktion bei Stadtfesten und Weihnachtsmärkten dargestellt. Die Fraktion GAL / Die Linke sagt dazu eindeutig Nein und fordert, dass der Haushalt ohne nukleare Steuergelder aufgestellt wird. Das ist nicht einfach, aber das Thema muss angegangen werden.

GAL und Linke begrüßen es, dass der **Arbeitskreis "Istanbul Konvention"** beschlossen wurde und seine Arbeit aufgenommen hat. Vor allem ist positiv festzuhalten, dass alle Ratsfrauen Mitglieder des Arbeitskreises sind und somit parteiübergreifend sich dieses wichtigen Themas annehmen.

Sowohl durch das Grundgesetz als auch durch internationale Abkommen, wie zum Beispiel die Istanbul Konvention, muss der Staat dafür Sorge tragen, **Frauen vor Gewalt zu schützen**. Und obwohl dieses Übereinkommen bereits seit dem 1. Februar 2018 in Kraft ist, wurde bisher noch viel zu wenig getan. Jetzt endlich wurde im Bundestag das Gewalthilfegesetz beschlossen.

Von Gewalt betroffene Frauen bekommen durch das Gesetz ein Recht auf Schutz und Beratung. Allerdings wird dieser **Rechtsanspruch erst ab 2032** festgeschrieben. Bis dahin sind die Länder zuständig für Gewaltschutz und Gewaltprävention. Dafür wird der Bund von 2027 bis 2036 insgesamt 2,6 Milliarden Euro zu Verfügung stellen, damit der Ausbau der Hilfesysteme bewältigt werden kann.

Das hört sich erst mal gut an, wenn man sich die Bedingungen nicht näher ansieht. Und da sind die **bürokratischen Hürden** doch erheblich. Nur ein Beispiel: So dürfen betroffene Frauen ihren zugewiesenen Wohnort oft nicht verlassen, auch dann, wenn es vor Ort keine sicheren Schutzräume gibt. Wenn sie ohne Erlaubnis gehen, begehen sie eine Ordnungswidrigkeit bei der im Wiederholungsfall sogar strafrechtliche Konsequenzen drohen. Zudem sind 7 Jahre, um die entsprechenden Hilfesysteme auszubauen, eine lange Zeit. Insbesondere für Betroffene, die bereits jetzt dringend Schutz und Unterstützung benötigen.

Die Linke im Bundestag hat dieses **Gewalthilfegesetz** im Bundestag unterstützt, fordert aber erhebliche Nachbesserungen. Der Rechtsanspruch auf Schutz muss sofort gelten und ein umfassender Lagebericht erstellt werden.

Vor Ort gilt für uns, die bestehende Frauenschutzwohnung

finanziell ausreichend zu unterstützen, damit alle Frauen dort Hilfe erhalten können und nicht nur die Wahl zwischen Verbleib bei dem Täter oder Wohnungslosigkeit besteht.

Aus aktuellem Anlass möchte ich noch auf ein alarmierendes Bild der Unterrepräsentanz von Frauen im neuen Bundestag hinweisen. Im Vergleich zur letzten Wahl ist der **Frauenanteil um 3% gesunken** und liegt jetzt bei knapp 31%. Damit ist nicht einmal jedes dritte Mitglied des Bundestages eine Frau, was ein klares Demokratiedefizit ist. Zwei Beispiele: Der Frauenanteil bei der Partei Die Linke liegt bei 56%, die CDU liegt bei rund 23%.

Sehr geehrte Damen und Herren,

auch in diesem Jahr wird die Fraktion GAL / Die Linke dem Haushaltsentwurf nicht zustimmen. Ich fasse zusammen: Noch immer fehlen überzeugende Konzepte für den Klimaschutz und für den ÖPNV. Bei den Planungen für die Rathausstandorte fehlt das umfassende Konzept und die Kosten sind kaum nachvollziehbar. Und besonders bei dem Ärztehaus, in Verbindung mit der QEG, sind die enormen Kosten nicht akzeptabel. Weiterer Kritikpunkt: Bei all den Planungen wird nach wie vor die Gewerbesteuer der Atomindustrie als feste Größe einkalkuliert, obwohl auf der Hand liegt, dass zum echten Atomausstieg auch die Stilllegung der Urananreicherungsanlage gehören muss. Während die Stadt Ahaus inzwischen sogar Prozesse gegen weitere Atommülltransporte nach Ahaus finanziert, gibt es in Gronau noch kein Umdenken. Ziel muss es aber bleiben, den Gronauer Haushalt unabhängig von nuklearen Steuergeldern zu gestalten.

Natürlich gibt es auch im Haushaltsentwurf positive Ansätze. Die Planungen im Schulbereich werden von uns mitgetragen, ebenso natürlich auch die freiwilligen Leistungen im Sozialbereich. Sie sind und bleiben eine wichtige Grundlage gerade auch für das ehrenamtliche Engagement in unserer Stadt. Und auch die vielfältigen Kulturprojekte sehen wir als wichtige Bereicherung für Gronau.

Wir bedanken uns bei der Kämmerei und bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung, die mit der Erstellung des Budgetentwurfs und bei der Umsetzung der wichtigen Aufgaben in unserer Stadt keine leichte Aufgaben zu bewältigen hatten und haben. Auch wenn wir nicht immer die Meinung der Ratsmehrheit und der Verwaltungsspitze teilen, so wissen wir die Arbeit der gesamten Verwaltung durchaus zu schätzen.

Ich möchte meine Rede mit einem Zitat der **VdK-Präsidentin Verena Bentele** schließen.

„Soziale Stabilität ist der Kitt, der unsere Gesellschaft zusammenhält und sie vor extremistischen Strömungen schützt. Vertrauen in die Demokratie und in den Sozialstaat helfen uns, als Gesellschaft wieder näher zusammenzurücken und die von Populisten aufgerissenen Gräben zuzuschütten. Auch dazu wünsche ich mir von der neuen Regierung einen wesentlichen Beitrag. Wie das gelingen kann, ist für mich klar: Niemand darf mit seinen Anliegen alleingelassen werden. Die soziale Frage muss immer an erster Stelle stehen.“

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Udo Buchholz, für die Fraktion GAL / Die Linke im Rat der Stadt Gronau